

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015)** jährlich zumindest ein bis zwei **Polizeigrundkurse** mit jährlich wenigstens **30 Polizistinnen und Polizisten** am **Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg** für das Bundesland **Vorarlberg** einberufen wird.

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen** für **dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** unter **Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“** in den **nächsten vier Jahren (2012 bis 2015)** zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene** erhalten bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum**

als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle**, welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

#### **8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

#### **9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

#### **10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem  
Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg  
zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015) jährlich zumindest ein bis zwei Polizeigrundkurse mit jährlich wenigstens 30 Polizistinnen und Polizisten am Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg für das Bundesland Vorarlberg einberufen wird.**

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen für dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte unter Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“ in den nächsten vier Jahren (2012 bis 2015) zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.**

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene erhalten** bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum**

als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle**, welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

#### **8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

#### **9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

#### **10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015)** jährlich zumindest ein bis zwei **Polizeigrundkurse** mit jährlich wenigstens **30 Polizistinnen und Polizisten** am **Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg** für das Bundesland **Vorarlberg** einberufen wird.

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen** für **dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** unter **Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“** in den **nächsten vier Jahren (2012 bis 2015)** zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene** erhalten bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum** als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle**, welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

#### **8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

#### **9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

#### **10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015)** jährlich zumindest ein bis zwei **Polizeigrundkurse** mit jährlich wenigstens **30 Polizistinnen und Polizisten** am **Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg** für das Bundesland **Vorarlberg** einberufen wird.

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen** für **dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** unter **Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“** in den **nächsten vier Jahren (2012 bis 2015)** zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene** erhalten bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum** als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle**, welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

#### **8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

#### **9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

#### **10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015)** jährlich zumindest ein bis zwei **Polizeigrundkurse** mit jährlich wenigstens **30 Polizistinnen und Polizisten** am **Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg** für das Bundesland **Vorarlberg** einberufen wird.

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen** für **dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** unter **Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“** in den **nächsten vier Jahren (2012 bis 2015)** zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene** erhalten bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum**

als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle**, welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

#### **8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

#### **9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

#### **10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....  
Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....  
Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....  
Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015) jährlich zumindest ein bis zwei Polizeigrundkurse mit jährlich wenigstens 30 Polizistinnen und Polizisten am Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg für das Bundesland Vorarlberg einberufen wird.**

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen für dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte unter Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“ in den nächsten vier Jahren (2012 bis 2015) zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.**

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene erhalten** bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum**

als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle**, welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

#### **8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

#### **9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

#### **10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015)** jährlich zumindest ein bis zwei **Polizeigrundkurse** mit jährlich wenigstens **30 Polizistinnen und Polizisten** am **Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg** für das Bundesland **Vorarlberg** einberufen wird.

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen** für **dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** unter **Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“** in den **nächsten vier Jahren (2012 bis 2015)** zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene** erhalten bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum** als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle**, welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

#### **8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

#### **9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

#### **10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem  
Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg  
zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015)** jährlich zumindest ein bis zwei **Polizeigrundkurse** mit jährlich wenigstens **30 Polizistinnen und Polizisten** am **Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg** für das Bundesland **Vorarlberg** einberufen wird.

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen** für **dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** unter **Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“** in den **nächsten vier Jahren (2012 bis 2015)** zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene** erhalten bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum** als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle**, welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

**8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

**9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

**10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015)** jährlich zumindest ein bis zwei **Polizeigrundkurse** mit jährlich wenigstens **30 Polizistinnen und Polizisten** am **Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg** für das Bundesland **Vorarlberg** einberufen wird.

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen** für **dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** unter **Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“** in den **nächsten vier Jahren (2012 bis 2015)** zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene** erhalten bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum** als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle** – unterstützt wird insbesondere das **Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner** und die **Fremdenrechtsnovelle**, welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

#### **8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

#### **9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

#### **10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015)** jährlich zumindest ein bis zwei **Polizeigrundkurse** mit jährlich wenigstens **30 Polizistinnen und Polizisten** am **Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg** für das Bundesland **Vorarlberg** einberufen wird.

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen** für **dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** unter **Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“** in den **nächsten vier Jahren (2012 bis 2015)** zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene** erhalten bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum** als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle,** welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

#### **8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

#### **9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

#### **10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015)** jährlich zumindest ein bis zwei **Polizeigrundkurse** mit jährlich wenigstens **30 Polizistinnen und Polizisten** am **Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg** für das Bundesland **Vorarlberg** einberufen wird.

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen** für **dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** unter **Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“** in den **nächsten vier Jahren (2012 bis 2015)** zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene** erhalten bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum**

als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle**, welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

#### **8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

#### **9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

#### **10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015) jährlich zumindest ein bis zwei Polizeigrundkurse mit jährlich wenigstens 30 Polizistinnen und Polizisten am Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg für das Bundesland Vorarlberg einberufen wird.**

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen für dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte unter Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“ in den nächsten vier Jahren (2012 bis 2015) zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.**

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene erhalten** bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum** als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle,** welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

#### **8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

#### **9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

#### **10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015)** jährlich zumindest ein bis zwei **Polizeigrundkurse** mit jährlich wenigstens **30 Polizistinnen und Polizisten** am **Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg** für das Bundesland **Vorarlberg** einberufen wird.

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen** für **dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** unter **Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“** in den **nächsten vier Jahren (2012 bis 2015)** zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene** erhalten bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum** als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle**, welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

#### **8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

#### **9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

#### **10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015)** jährlich zumindest ein bis zwei **Polizeigrundkurse** mit jährlich wenigstens **30 Polizistinnen und Polizisten** am **Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg** für das Bundesland **Vorarlberg** einberufen wird.

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen** für **dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** unter **Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“** in den **nächsten vier Jahren (2012 bis 2015)** zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene** erhalten bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum**

als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle,** welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

**8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

**9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

**10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann

**Sicherheitspartnerschaft zwischen dem**  
**Bundesministerium für Inneres und dem Land Vorarlberg**  
**zur Vertiefung der Zusammenarbeit – für ein Mehr an Sicherheit**

Im August 2009 haben das Bundesministerium für Inneres und das Land Vorarlberg eine Sicherheitspartnerschaft mit dem Zweck gegründet, durch eine gezielte Zusammenarbeit die Sicherheit im Bundesland Vorarlberg zu optimieren sowie das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu steigern.

Dieses Sicherheitspaket hat sich bewährt und soll, angepasst an die aktuellen Herausforderungen, für die Jahre 2012-2015 vertieft und neu vereinbart werden.

**Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit.**

Trotz der speziellen geographischen Situation im Grenzraum mit der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein – und den damit verbundenen grenzüberschreitenden Deliktsformen hat Vorarlberg seit Jahren die **höchste Aufklärungsquote aller österreichischen Bundesländer**.

Diese beträgt derzeit **62,1 %** und ist im Vergleich zum Vorjahr **um 4,1 % gestiegen**.

Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäterinnen und Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivbediensteten wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei auch in Zukunft zu erhalten. Dabei ist Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner für das klare Bekenntnis, der Gewährleistung der erforderlichen Strukturen der Sicherheitsdienststellen in den Regionen in Vorarlberg, zu danken.

Speziell ist aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorarlberger Sicherheitsdirektion, der Bezirkshauptmannschaften und des Landespolizeikommandos Vorarlberg zu danken. Diese zeichnen insbesondere für die enge und ausgezeichnete Kooperation mit den Sicherheitsbehörden der benachbarten Länder verantwortlich – zu nennen sind hier u.a. das jährliche **Bodensee-Sicherheitsgespräch**, das **Treffen der**

**Polizeichefs der Bodenseeregion** oder das **trilaterale Polizeitreffen zwischen Vorarlberg, Bayern und Baden Württemberg**.

### **Aktuelle Kriminalitätsbekämpfungs-Strategie:**

In Vorarlberg verlangt die Kriminalitätsentwicklung nach adäquaten und flexiblen Kriminalitätsbekämpfungsstrategien mit folgenden Schwerpunktsetzungen:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung von Gewalt- und Sittlichkeitsdelikten sowie verstärkter Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und der Polizei im Bodenseeraum,
- Intensivierung der Verkehrsüberwachung,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität,
- Eindämmung der Computer-, Netzwerk- und Wirtschaftskriminalität.

### **Sicherheitspakt zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg:**

Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner und Landeshauptmann Mag. Markus Wallner haben auf Grundlage der im August 2009 geschlossenen Sicherheitspartnerschaft zwischen dem Innenministerium und dem Land Vorarlberg folgendes **Maßnahmenbündel für 2012-2015** vereinbart:

#### **1. Sicherstellung genügend engagierter Polizeikräfte:**

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den 33 Polizeiinspektionen und drei Polizeiinspektionen AGM mit den mindestens 900 Polizeibediensteten ist es gemäß der INNEN.SICHER-Strategie entscheidend, dass die Polizistinnen und Polizisten eine **fachlich gute Aus- und Fortbildung** genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung **personelle Abgänge ausgeglichen** bzw. **Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt** werden können.

Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) im Bundesland Vorarlberg für die Vollziehung der mit dem Exekutivdienst verbundenen Aufgabenstellungen **innerhalb der nächsten vier Jahre (2012-2015) zukzessive Exekutiv-Planstellen systemisiert werden, sodass bis zum Jahr**

**2015 900 Exekutiv-Planstellen eingerichtet sind. Im Rahmen der beabsichtigten Reorganisation und Zusammenführung des Landespolizeikommandos mit der Sicherheitsdirektion Vorarlberg erfolgt ein weiterer Planstellentransfer.**

- b) innerhalb der **nächsten vier Jahre (2012 bis 2015)** jährlich zumindest ein bis zwei **Polizeigrundkurse** mit jährlich wenigstens **30 Polizistinnen und Polizisten** am **Bildungszentrum der Sicherheitsexekutive in Vorarlberg** für das Bundesland **Vorarlberg** einberufen wird.

## **2. Sicherung von Dienstführenden-Kursplätzen für Vorarlberg:**

Gewährung von **jährlich rund 10 Ausbildungsplätzen** für **dienstführende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte** unter **Berücksichtigung des Konzepts „Führungs- und Fachkarriere“** in den **nächsten vier Jahren (2012 bis 2015)** zur Sicherstellung von qualifizierten Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern.

## **3. Weiterentwicklung der sicherheitsbehördlichen Strukturen:**

Im Hinblick auf die in Ausarbeitung befindliche Zusammenführung der Sicherheitsdirektion und des Landespolizeikommandos zu einer Landespolizeidirektion im Bundesland Vorarlberg, welche grundsätzlich begrüßt wird, ist es entscheidend, dass

- a) diese Strukturreform zu einem **Sicherheitsgewinn für die Bürgerinnen und Bürger** in Vorarlberg führt;
- b) die **funktionsfähigen, regionalen Sicherheitsstrukturen auf Bezirks- und Gemeindeebene** erhalten bleiben,
- c) die **Bestellung der Landespolizeidirektorin bzw. des Landespolizeidirektors im Einvernehmen mit dem Land Vorarlberg** erfolgt.

## **4. Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Polizei im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Polizei im Grenzraum**

als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt Liechtensteins und der Schweiz – ohne Abbau von Exekutivplanstellen unter Aufrechterhaltung der derzeitigen Personalressourcen.

## **5. Intensivierung der Überwachung von Ballungsräumen mit der Kompetenzbündelung in den Städten und der dadurch erzielbaren Stärkung der Regionen durch die Polizei.** Dazu notwendig ist auch die **Ausstattung mit den notwendigen technischen Ausrüstungsgegenständen.**

**6. Weiterhin Unterstützung der Polizeistreifen durch das EKO Cobra–West** in besonders gefährdeten Bereichen.

**7. Kein Gastrecht für Kriminelle – unterstützt wird insbesondere das Antiterror-Paket von Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Mikl-Leitner und die Fremdenrechtsnovelle,** welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht. **Asylwerber, welche unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig und verurteilt werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen bei Vorliegen eines negativ abgeschlossenen Asylverfahrens Österreich rasch verlassen.** Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderinnen bzw. Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig.

**8. Grundversorgung von Fremden:**

Die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern zur vorübergehenden Grundversorgung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden hat sich bewährt. Zentrales Element dieser partnerschaftlichen Zusammenarbeit ist, insbesondere auch zur Vermeidung einseitiger regionaler Belastungen, eine **ausgewogene Verteilung dieser Fremden auf das gesamte Bundesgebiet entsprechend der jeweiligen Bevölkerungszahl.**

Vorarlberg bekennt sich daher, zu den sich aus der Grundversorgungsvereinbarung ergebenden Quote und zu einem objektiven und nachhaltigen Übernahmemanagement.

**9. Einrichtung eines Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA):**

Die Einrichtung eines BFA als nachgeordnete, monokratische Behörde des BM.I mit einer **Zentrale in Wien und jedenfalls einer Außenstelle je Bundesland** wird als wesentliches Vorhaben einer Verwaltungsreform durch das Land Vorarlberg unterstützt. Für einen erfolgreichen Start des neuen Bundesamtes wird das Land Vorarlberg **Möglichkeiten eines wirkungsvollen Know-How Transfers im Personalbereich prüfen** und das **BM.I im Rahmen der Standortfrage und der Einrichtung geeigneter Infrastruktur partnerschaftlich unterstützen.**

**10. Fortsetzung der Bauoffensive bei den Polizeiinspektionen:**

Die **Sanierung oder Optimierung der Polizeidienststellen in Vorarlberg** wird fortgesetzt. Moderne Dienststellen tragen neben einer guten Ausbildung und einer guten Ausrüstung auch zur Motivation der Bediensteten bei. Deshalb hat die **Neuerrichtung der Polizeiinspektion Dornbirn** hohe Priorität.

### **11. Neubeschaffung des Polizeibootes am Bodensee:**

Die Nachbeschaffung des 1976 in Betrieb genommenen Polizeibootes auf dem Bodensee ist für 2012 vorgesehen. Im Interesse eines effektiven Einsatzes und des Gewässer- und Umweltschutzes soll das neue **Polizeiboot nach dem neuesten Stand der Technik gebaut und ausgerüstet** werden.

Im Hinblick auf die voraussichtliche Inbetriebnahme des neuen Polizeibootes 2012 wird die **Errichtung eines neuen Bootshauses für das Polizeiboot** in Kooperation mit dem Land Vorarlberg, den Bodenseeanrainergemeinden in Vorarlberg sowie der Wasserrettung und Wetterwarte Hard geprüft.

Zur Projektierung des Bootshauses wird eine **gemeinsame Koordinationsgruppe** mit Vertretern der erwähnten Kooperationspartner eingerichtet.

### **12. Weiterhin Unterstützung durch den Polizeihubschrauber bei der Katastrophenvorsorge, bei Katastropheneinsätzen sowie bei Rettungsaktionen mit Bergung von Personen**

### **13. Intensivierung der Präventionsarbeit:**

Prävention, vor allem im Bereich Eigentum, Gewalt, des sexuellen Missbrauches von Kindern und Jugendlichen sowie der Cyber-Kriminalität bedarf angesichts der steigenden Herausforderungen stärker als je zuvor eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Die Verantwortung der Zivilgesellschaft mit Unterstützung der Polizei steht dabei im Mittelpunkt, wobei die Bürgerinnen und Bürger stärker in die **Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung sowie in den Schutz vor Gefahren** zu integrieren sind. Konkret ist vorgesehen,

a) die vom Land und von den Gemeinden initiierte **Intensivierung der Zusammenarbeit der Organisationen und Akteure** insbesondere im Rahmen des Bündnisses gegen Gewalt, der Kinder-/Jugendwohlfahrt, des Direktkontaktes der Behörden und der Polizei mit den Schulen und Elternvereinen sowie der Wirtschaftskammer Vorarlberg.

### **14. Unterstützung des Landes Vorarlberg bei der Errichtung des TETRA-Digitalfunks:**

BOS-Digitalfunk ist eine Initiative des Bundesministeriums für Inneres mit der Zielsetzung, österreichweit für alle Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) ein **durchgängig verfügbares und standardisiertes Funksystem partnerschaftlich zwischen Bund und Ländern aufzubauen**.

Durch das Land Vorarlberg erfolgt die **aktive Unterstützung**, das Projektziel des BM.I – den zügigen österreichweiten Ausbau im Projekt „Digitalfunk BOS Austria“ – zu erreichen.

Das Land Vorarlberg arbeitet an der Planung und Errichtung der Standorte mit und leistet vor allem bei der **Standort-Akquise** auf Grundlage der vom BMI durchgeführten Netzplanung bei ausgewiesenen Landes-, Gemeinde- oder BOS-Standorten Unterstützung.

Zur Optimierung der Kommunikation zwischen der Bundespolizei und den BOS-Organisationen des Landes Vorarlberg werden nach Maßgabe der bestehenden Einsatztaktik **technische Schnittstellen** realisiert.

Bregenz, am 5. Juni 2012

.....

Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner  
Bundesministerin

.....

Ing. Erich Schwärzler  
Landesrat

.....

Mag. Markus Wallner  
Landeshauptmann